für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

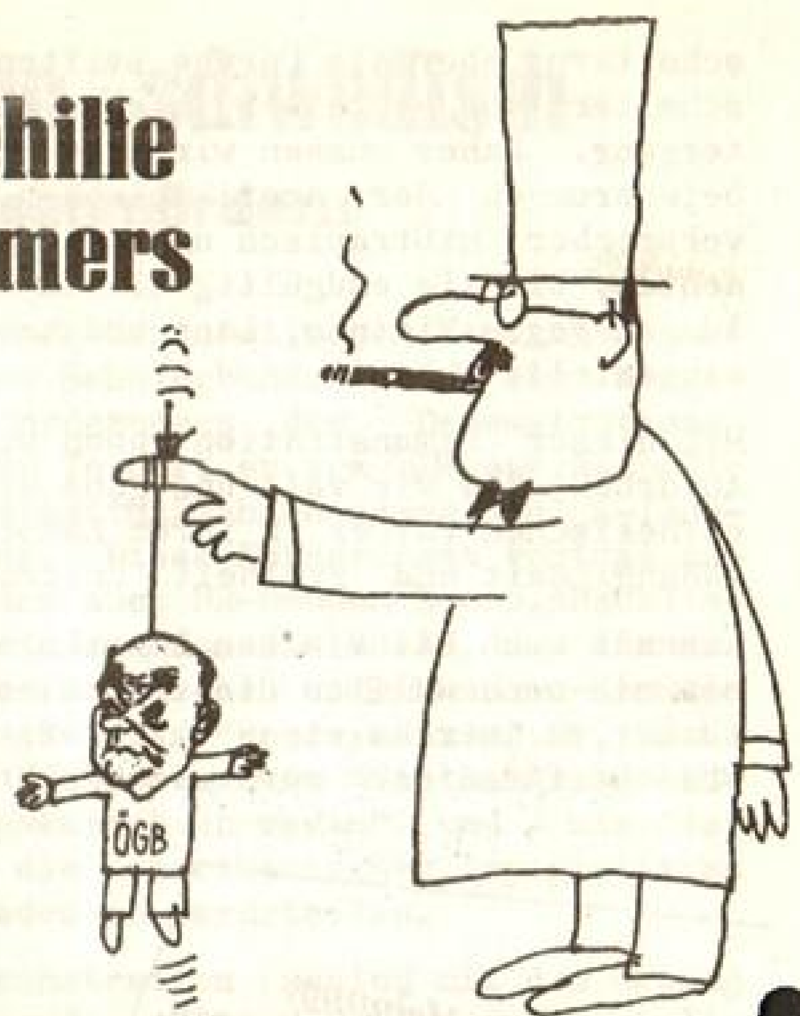
Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRÄ

Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Ein braver Gehilfe des Unternehmers



Im Dezember fand in Wien eine gesamtösterreichische Aktivistenkonferenz der VRA statt. Es wurden innen- und außenpolitische Fragen erörtert sowie organisatorische Probleme behandelt. Hauptpunkt der Konferenz war die Arbeit unserer Aktivisten und Freunde in den Betrieben und die Frage der Einschätzung der Gewerkschaft. Uber die auf dieser Konferenz erarbeiteten Schlußfolgerungen auf dem Gebiet Betriebsarbeit und Gewerkschaft berichten wir in unserer Februar-Nummer.

Mit Recht wurde auf der Konferenz hervorgehoben, daß wir die internationale Lage stets richtig analysiert haben. Es gilt aber, besonders die Machenschaften der beiden Supermächte – und hier wieder besonders die der russischen Sozialimperialisten – im Hinblick auf die sogenannte „Europäische Sicherheitskonferenz" klar erkennen zu machen. Hier müssen wir aufzeigen, daß es für die Völker Europas keine wirkliche Sicherheit geben kann, solange sie dem Diktat der Supermächte Rußland und USA ausgeliefert sind. Auf Österreich bezogen heißt das, alle Tendenzen zu bekämpfen, die der Liebedienerei gegenüber zwei Herren nachkommen. Solche Tendenzen gibt es nämlich im Österreich Kreiskys mehr als bisher. Der Grund dafür ist, daß die herrschenden Kreise glauben, dadurch ihre Profite erhöhen zu können. Das ist einerseits ein gefährliches Schaukelspiel, anderseits bedeutet es – im Falle einer definitiven Entscheidung –, daß das österreichische Volk in eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten hineingezogen wird, deren Konkurrenzverhältnis sich trotz aller Packelei immer mehr verschärft, und die aus strategischer und taktischer Sicht gegebenenfalls auf die Basis Österreich nicht verzichten können und wollen. Beispiele und Beweise für diese Argumentation haben wir bereits wiederholt angeführt. Wir werden diese Fragen noch präziser ausarbeiten.

Innenpolitisch glaubte die SP-Regierung im Dienste der Profitmacher den entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft mit dem Stabilisierungsabkommen getroffen zu haben. Erstmals wurden rigoros betriebliche Forderungen der Arbeiter der Kontrolle der „Sozialpartner", der „Paritätischen Kommission", unterworfen. Es gibt keinen besseren Beweis für die feindliche Einstellung der SP- und Gewerkschaftsbonzen gegen die Interessen der arbeitenden Menschen.

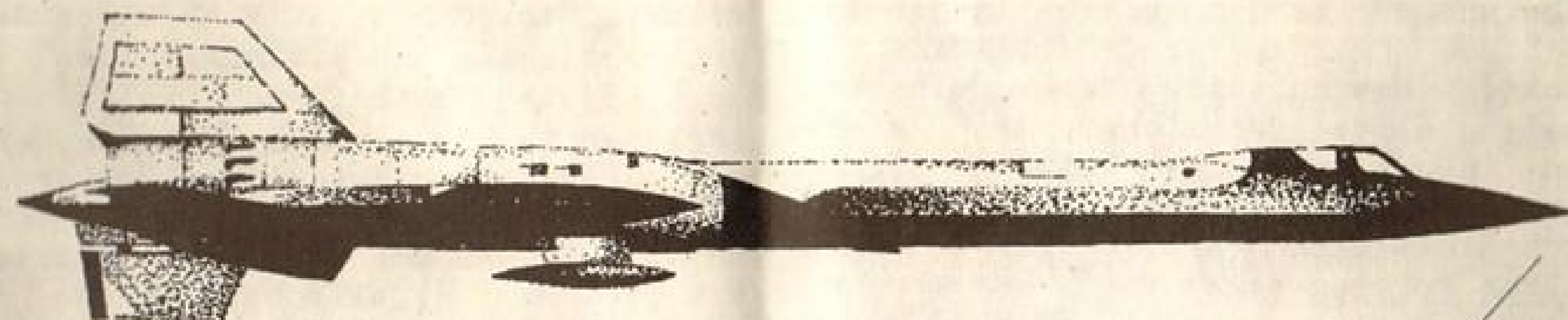
Der Unternehmer beutet uns aus, indem er unsere Arbeitskraft spottbillig erhält und für das Ergebnis unserer eigenen Arbeit von uns dann maßlose Preise verlangt. Nur von ihm können und müssen wir uns jenes Geld holen, das wir brauchen, um nicht noch mehr Lohneinbußen durch gestiegene Preise und vermehrte Arbeitsproduktivität zu erleiden. Daher heißt unsere Losung: Trotz Stillhalteabkommen sofortiger Kampf um Lohnerhöhung in den Betrieben. Denn wenn wir auf die nächste „Lohnrunde" warten, werden wir wieder die Betrogenen sein. ●

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 70 · Jänner 1973





Die Drohung mit der Atombombe

soll die Völker Indochinas gefügig machen. Aber die US-Aggressoren und ihre Marionetten werden trotzdem geschlagen werden – die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha werden siegen.

Der US-Aggressor — ein waidwunder Tiger

Am 22. Oktober, vier Tage vor der Bekanntgabe des 9-Punkte-Friedensabkommens zwischen der Demokratischen Republik Vietnam und den USA, jenes den Sieg des Vietnamesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die Aggression des US-Imperialismus besiegelnden Abkommens, das die Nixon-Clique zwar akzeptieren mußte, aber sich immer noch zu unterzeichnen weigert, haben wir gesagt: "Der Sieg im Volkskrieg Vietnams und der beiden anderen Länder Indochinas ist in greifbare Nähe gerückt!" Gleichzeitig haben wir aber festgestellt: "Möglicherweise steht den indochinesischen Völkern - trotz einem eventuellen Waffenstillstand - noch ein langer Kampf bis zu einem echten Frieden bevor."

Manchen erschienen diese beiden Feststellungen als widersprüchlich. Sie waren es jedoch nur insofern, als sie die Widersprüchlichkeit des Imperialismus notwendigerweise widerspiegelten: Einerseits ist der Imperialismus, strategisch, d.h. auf lange Sicht, gesehen, ein Papiertiger, gehört die wahre Macht nicht ihm, sondern den von ihm unterdrückten und gequälten Völkern; andererseits versucht er bis zu seinem letzten Atemzug einen Verzweiflungskampf zu führen, schlägt noch in denTodeszuckungen wild um sich wie ein todwunder Tiger. Das eine gehört zum anderen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß einige Tage nach Niederschrift unseres Artikels ("Der Volkskrieg siegt!", "Für die Volksmacht", Nr. 67) Nixons Sonderberater Kissinger, Vertrauensmann der führenden amerikanischen Monopolkapitalistenclique Rokkefeller, gleichfalls von einem "greifbar nahen Frieden" sprach und daß kurz darauf die US-Regierung zuerst in abermaligen Verhandlungen, dann durch ein mörderisches Flächenbombardement gegen die Zentren Nord-Vietnams die getroffenen Abmachungen wortbrüchig rückgängig zu machen versuchte. Das eine gehört eben zum anderen. Aber was ist der Endeffekt?

Der Widerspruch zwischen dem, was der Imperialismus möchte, und dem was er vermag, hat sich in den letzten zwei Wochen des abgelaufenen Jahres so deutlich wie noch nie vor den Augen von Milliarden Menschen kundgetan. Nixon wollte - sozusagen: knapp vor Torschluß - eine "Politik der Stärke" praktizieren. Er offenbarte aber nur die katastrophale Schwäche des amerikanischen Imperialismus.

Niemals zuvor — den gesamten Zweiten Weltkrieg mit eingeschlossen - hat es in einem so kurzen Zeitraum derartigen massiven Einsatz von Massenvernichtungsmitteln gegeben wie in der Zeit vom 18. bis 30. Dezember 1972. Aber niemals zuvor hat es auch einen derart heroischen und wirkungsvollen Widerstand des betroffenen Volkes und zugleich einen derart empörten und entschlossenen Protest aller Völker der Welt gegeben wie eben in diesem Zeitraum. Was war die Folge des letzten, von der kapitalistischen Presse der USA selbst als wahnwitzig bezeichneten Eskalationsabenteuers Nixons? Von 250 eingesetzten "fliegenden Festungen", den achtmotorigen B-52-Langstreckenbombern (die angeblich ebenso "unverletzlich" wie kostspielig sind), wurden vom 18. bis 28. Dezember über Nordvietnam 31 Stück abgeschossen (wobei der US-Aggressor in dieser Zeitspanne 72 Flugzeuge und Hunderte tote oder gefangengenommene Luftwaffensoldaten einbüßte!). Und es gab kaum ein Land auf der Erde, wo nicht die Bevölkerung in stürmischen Demonstrationen und erbitterten Deklarationen gegen den Bombenterror protestiert hätte. Das Entsetzen und die Entrüstung der einfachen Menschen in der ganzen Welt war so gigantisch, daß Dutzende Regierungen, darunter solche von NATO-Staaten, offiziell von Washington die sofortige Einstellung des Massakers forderten.

Und so sah sich denn die Nixon-Regierung nicht zuletzt unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung in den USA selbst, der führende Zeitungen und einflußreiche Mandatare beider Parteien des amerikanischen Monopolkapitals Ausdruck verleihen mußten - gezwungen, die Forderungen des vietnamesischen Volkes zu erfüllen: die Bombardierungen einzustellen und die abschließenden Verhandlungen für die Unterzeichnung des Friedensvertrages wiederaufzunehmen. Das ist ein neuer, gewaltiger Sieg des vietnamesischen Volkes und aller Völker der Erde. ●

Das vietnamesische Volk fordert die Freiheit

Ende Dezember weilte die Außenministerin der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, Nguyen Thi Binh, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Peking.

Bei einer aus diesem Anlaß am 28. Dezember veranstalteten Zusammenkunft betonte der chinesische Außenminister Dji Peng-fe: "Die USA müssen unverzüglich die Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam einstellen und schleunigst auf dem Verhandlungsweg das 'Abkommen zur Beendigung des Krieges und Wiederherstellung desFriedens in Vietnam' unterzeichnen. Wenn sie mutwillig den Krieg in die Länge ziehen, dann wird, wie lange auch immer er dauern mag, das chinesische Volk entschlossen fortfahren, das vietnamesische Volk zu unterstützen, bis der volle Sieg errungen ist."

Frau Nguyen Thi Binh erwiderte: "Partei, Regierung und Volk von China haben unserem Volk stets eine gewaltige und machtvolle Unterstützung und Hilfe angedeihen lassen, sowohl materiell als auch moralisch. Das ist ein glänzender Ausdruck der großen Freundschaft und engen Kampfsolidarität zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk, eine eindrückliche Kundgebung der innigen Bande zwischen Front und Hinterland. Vorsitzender Mao hat mit Recht hervorgehoben: 'Das chinesische 700-Millionen-Volk stellt einen mächtigen Rückhalt für das vietnamesische Volk dar; das ausgedehnte Gebiet Chinas ist dessen verläßliches Hinterland.'"

Die südvietnamesische Außenministerin führte sodann über die Situation im Vietnam-Krieg aus: "Seit Ende März 1972 haben sich die Streitkräfte und das Volk von Südvietnam erhoben, erfolgreiche Offensiven unternommen, den US-Aggressoren und ihrer Marionetten-Clique schwere Schläge versetzt und großartige Erfolge erzielt; sie haben die amerikanische Politik einer 'Vietna-



misierung des Krieges' noch gründlicher vereitelt. Diese Siege haben eine neue Situation geschaffen,die im höchsten Maße günstig für uns und ungünstig für die USA und ihre Marionetten Clique ist....Nach den katastrophalen Niederlagen in Süd-wie Nordvietnam sah sich der US-Imperialismus am 20. Oktober 1972 gezwungen, mit der Demokratischen Republik Vietnam übereinzukommen, daß ein 'Abkommen zur Beendigung des Krieges und Wiederherstellung des Friedens in Vietnam' unterzeichnet wird."

Frau Nguyen Thi Binh verwies darauf, wie die US-Regierung dieses Übereinkommen gebrochen, seine wesentlichen Bestimmungen zu ändern versucht, Tausende Tonnen von Kriegsmaterial und Tausende verkleidete "Militärberater" der Thieu-Clique zur Verfügung gestellt und einen maximal gesteigerten Bombenkrieg gegen die Zentren Nordvietnams entfesselt hat.Sie fuhr fort:

"Wenn der US-Imperialismus mit der Eskalation des Krieges fortfährt, dann wird er noch katastrophalere Niederlagen erleiden und die volle Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen tragen.

Das vietnamesische Volk liebt heiß den Frieden, aber es muß ein Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit sein. Die Provisorische Revolutionsregierung der Republik Südvietnam und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam haben in höchstem Maße Aufrichtigkeit und Geschmeidigkeit an den Tag gelegt. Sie forderten, daß die amerikanische Regierung das am 20. Oktober erzielte Abkommen unverzüglich unterzeichnet. Sollte der US-Imperialismus noch immer sich starrsinnig weigern,seine Politik einer 'Vietnamisierung' des Krieges sowie seine Bombardierung, Beschießung und Blockade der Demokratischen Republik Vietnam einzustellen, und sollte er stattdessen versuchen, mit Hilfe von Bomben und Granaten unser Volk zur Annahme der neokolonialistischen Bedingungen der USA zu zwingen,dann wird der 'festen Entschlossenheit zu kämpfen und zu siegen' noch höher erhebend, zusammen mit seinen Landsleuten im Norden und Schulter an Schulter mit den Brudervölkern von Kambodscha und Laos den Kampf gegen die US-Aggression und für die Nationale Rettung bis zum vollständigen Sieg entschlossen fortsetzen und damit bewirken, daß ein unabhängiges, friedliches, neutrales und blühendes Südvietnam geschaffen und die Vereinigung ganz Vietnams nähergebracht wird."

Die Außenministerin der Revolutionsregierung Südvietnams schloß mit den Worten:

"Die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes wird ganz gewiß triumphieren!" ●

„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

Die Jugend als revolutionäre Vorhut



Über unsere Perspektiven (III)

Es ist ein Gemeinplatz, wenn man sagt, "der Jugend gehöre die Zukunft". Das war natürlich immer schon so.Es liegt einfach in der Natur der Sache, daß in jedem gegebenen Augenblick die gesellschaftliche Entwicklung irgendwie mit der Entwicklung der jeweiligen jungen Generation zusammenfällt, die ihr Leben vor sich hat und die ältere Generation ablöst. Wenn sich aber die gesellschaftliche Entwicklung in einer Phase großer revolutionärer Erschütterungen befindet, dann nimmt der sogenannte "Generationskonflikt" gerne einen revolutionären Charakter an, dann kann die Bewegung rebellischer Jugend die Rolle einer revolutionären Vorhut spielen.

So war es am Vorabend und während der bürgerlichen Revolution im vorigen Jahrhundert: Im Metternichschen Vormärz spielten die geheimen Studentenzirkel, in den Revolutionstagen des Jahres 1848 die "Akademische Legion" eine Avantgarde-Rolle. Es war eine bürgerliche Revolution, deshalb war natürlich ihr Bannerträger die aus der Bourgeoisie stammende studentische Jugend. Ähnlich war es auch am Vorabend der (von den verräterischen SP-Führern verratenen) Arbeiterrevolution von 1918:

Zu den ersten und bahnbrechenden Vorkämpfern gegen den imperialistischen Krieg und seine sozial chauvinistischen Zutreiber, für eine sozialistische Revolution in Österreich zählten vor allem die linken Elemente im "Verband jugendlicher Arbeiter" und in der "Freien Vereinigung sozialistischer Studenten"; sie gehörten zu den Initiatoren der Bewegung der "Linksradikalen", die den machtvollen Jännerstreik 1918 entfachte, und der "Roten Garde", die während der November-Revolution eine hervorragende Rolle spielte. Auch in der Folgezeit waren stets, wenn erbitterte Klassenschlachten tobten, jugendliche Arbeiter in den vordersten Reihen der Kampffront zu finden: so in den Februartagen 1934, und so auch im September/Oktober 195o, während der größten Massenstreiks in der Geschichte der Zweiten Republik.

Wie sieht es heute aus? Auch heute gibt es eine Jugendbewegung, die einen ausgeprägt rebellischen Charakter hat und den Keim einer revolutionären Vorhut in sich trägt. Es gibt aber da etwas Besonderes. Obwohl es eine offensichtlich zum Sozialismus tendierende Linksbewegung ist, steht hier vorläufig nicht die Arbeiterjugend im Vordergrund, sondern die studierende Jugend, die hauptsächlich aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen stammt.Wieso das? Wir leben zwar in einer Epoche, in welcher der Imperialismus seinem totalen Untergang und der Sozialismus seinem weltweitem Sieg entgegengeht, haben aber zugleich gegenwärtig in unserem Land eine Situation, die noch keineswegs revolutionär ist. Das ist ein Widerspruch. Er drückt sich u.a. darin aus, daß augenblicklich die Elemente der revolutionären Situation (die, nach Lenin, dann eintritt, wenn die herrschende Klasse nicht mehr so kann wie bisher und die unterdrückte Klasse nicht mehr so leben will wie bisher) bei der Bourgeoisie stärker vorhanden sind als beim Proletariat: Die Kapitalisten fühlen sich gar nicht so sicher im Sattel (trotz Sozialpartnerschaft), sie trauen dem lieben Frieden nicht (trotz ihrer Reklame für Österreich als "Insel der Glückseligen"),inszenieren Wirbel im Nationalrat, um den TV-Zuschauern den Parlamentarismus schmackhaft zu machen, und klagen gleich darauf über die Krise ihrer Demokratie, wenn das Volk über solche Spektakel lacht, drohen mit dem "starken Mann" und fürchten zugleich, in den Geruch autoritär-faschistischer Tendenzen zu geraten, die jedermann in übelster Erinnerung sind, orakeln hin und her über das Unbehagen und die Unruhe unter ihren Untertanen und wissen im Grunde nicht aus noch ein. All das - und noch viel mehr, wie: die Dauerkrise der traditionellen Hauptpartei der Bourgeoisie, der Fehlschlag aller Bemühungen,die dritte Partei attraktiv zu machen, die unheimliche Angst vor dem, was nach einem Bankrott der SP-Regierung kommen mag (ob nicht die revolutionären Traditionen der SP-Arbeiterschaft wiederaufleben könnten, ob nicht wenigstens die westdeutsche "Juso"-Bewegung bei uns Schule machen könnte etc.) - spiegelt sich wieder in der Rebellion des fortschrittlichen Teils der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Jugend gegen das

"Establishment" - also gegen das bestehende Gesellschaftssystem -, und diese Rebellion wirkt wieder verschärfend zurück auf die Krisenelemente im Lager der Bourgeoisie.

Auf der anderen Seite ist die Arbeiterklasse in ihrer überwältigenden Mehrheit immer noch bereit, das bestehende Ausbeutungssystem zu dulden, oder, anders gesagt, noch nicht bereit, es von Grund auf abzulehnen.Gerade in der Hochkonjunktur bewahrheitet sich offenkundiger denn je die Grunderkenntnis von Karl Marx, daß die Arbeiter durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel selbst jene Macht erzeugen und stärken, die sie versklavt - das Kapital.

Das zeigt sich u.a. darin: Je mehr und je vielfältiger die Güter, welche die Arbeiter für die Kapitalisten erzeugen, desto mehr Mittel und Möglichkeiten haben die Kapitalisten, die Arbeiter durch Konsumverlockung zu höherer Leistung anzutreiben. Und je mehr der Arbeiter leistet, desto weniger kann er sich - im Verhältnis zu seiner gesteigerten Produktion - leisten; je weniger Arbeitszeit seine erhöhte Produktivkraft verlangt, desto weniger Freizeit bleibt ihm für Bildung und politische Betätigung. Dieser schreiende Widerspruch drängt zu einem revolutionären Umschlag der sozialen Verhältnisse, und die SP-Repräsentanten des kapitalistischen Systems merken sehr wohl das unterirdische Brodeln, wenn sie durch neue betrügerische Versprechungen einer "Hebung der Lebensqualität" dem drohenden Aufbegehren der Arbeiterklasse zuvorkommen wollen. Immerhin: Bisher fehlt noch im großen und ganzen der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse. Und das drückt sich unweigerlich auch in der momentanen Einstellung der Arbeiterjugend aus.

So kommt es, daß Studenten und Mittelschüler vorderhand eine eher revolutionäre Haltung einnehmen im Vergleich zur Arbeiterjugend. Man beachte dabei: 1. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der studierenden Jugend (die Sähne und Töchter der Großkapitalisten ausgenommen) ist materiell vom Elternhaus abhängig und oft schlechter gestellt als ein Großteil der Arbeiterjugend(die Lehrlinge ausgenommen), die oft im Elternhaus lebt (oder leben muß) und über relativ viel verdientes Geld verfügt (oder verfügen kann). 2. Die von Kind auf in die Schulbank gedrückte und an Buchwissen gewohnte studierende Jugend steht der bürgerlichen Ideologie und Kultur oft weit kritischer gegenüber als die Arbeiterjugend, die keine Zeit und keine Übung zum Studieren hat,daher meist hilflos der "kulturellen Sklaverei" anheimfällt, die Lenin als Hauptursache dafür erkannte, daß die Arbeiterschaft der kapitalistisch entwickelteren Länder viel schwerer zur Revolution gelangt als die Arbeiterschaft weniger entwickelter Länder.Nichtsdestoweniger: In der Grundsatzerklärung der VRA wird mit Recht festgestellt, daß die Herrschaft eines Häufleins privater und staatlicher Monopolkapitalisten über die gewaltige Bevölkerungsmehrheit nur infolge der "geistigen Knechtung des Volkes durch das Monopolkapital ermöglicht" wird. Und gerade die Rebellion der studierenden Jugend gegen das Establishment zeigt, daß es "in diesem politisch-ideologischen Überbau zu knistern und zu krachen beginnt".

Wenn wir von der revolutionären Jugend als einem der Grundelemente der revolutionären Bewegung in Österreich sprechen, die zur Schaffung einer neuen marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei drängt, so stützen wir uns natürlich nicht allein auf theoretische Erwägungen, sondern in erster Linie auf die politische Praxis der letzten Jahre. Wir wissen doch — und die bürgerliche Publizistik macht sich deswegen seit langem größte Sorgen —, daß, vor allem seit den sechziger Jahren, eine für die herrschende Klasse nicht zu bewältigende Rebellion der Jugend stattfindet; natürlich mit Höhepunkten und Abschwungphasen. Was sind die geschichtlichen und politischen Beweggründe dieser Rebellion? Es sind dies: 1. der wahrhaft katastrophale Zusammenbruch des Faschismus unter den Schlägen des antifaschistischen Krieges (vor allem des Sowjetvolkes); 2. die unaufhörlichen - und immer wieder verlorenen - Kolonialkriege der "westlichen Demokratien" (vor allem des US-Imperialismus) nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen sich diese als "würdige" Nachfolger des Hitlerfaschismus erwiesen haben; 3. der Verrat der modernen Revisionisten am wissenschaftlichen Sozialismus und proletarischen Internationalismus,die Verwandlung des ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaats der Geschichte, der UdSSR, in eine sozialimperialistische Supermacht, und daher das Bestreben, eine "Neue Linke" ins Leben zu rufen"; 4. die siegreiche und unaufhaltsame nationale Befreiungsbewegung der "Entwicklungsländer", die ganz offenkundig dem Imperialismus die Todesglocke läutet und auch eine Gefahr für die Weiterexistenz der "entwickelten" Länder heraufbeschwört, falls sich nicht in diesem revolutionäre Kräfte finden, die von sich aus dem Kapitalismus in seiner "Urheimat" den Garaus machen; 5. das einzigartige und zukunftsträchtige Beispiel der von den marxistisch-leninistischen Ideen Mao Tsetungs geleiteten Großen Proletarischen Kulturrevolution in China, ein leuchtendes Beispiel, das wirklich aussichtsreiche revolutionäre Perspektiven für die ganze Welt eröffnet hat.

Zu all diesen Fragen allgemeinen Charakters kamen noch die besonderen Probleme der österreichischen Jugend, vor allem der Studenten, wie: der Kampf gegen das reaktionäre Bundesheer, das niemals für die Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit eingesetzt wurde und werden würde, sondern zur Unterdrückung des eigenen Volkes und zu eventuellen Raubzügen an der Seite imperialistischer Großmächte geschaffen ist; oder wie der Kampf gegen vermoderte Schulsysteme und Unterrichtsmethoden, die nicht einmal dem heutigen Kapitalismus mehr entsprechen und nur noch die Aufgabe erfüllen, "Fachidioten" und Befehlsempfänger der Kapitalistenklasse heranzubilden.

Die Tatsachen der letzten zehn Jahre zeigen eindeutig, daß die fortschrittliche Jugend Österreichs einen beständigen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus geführt hat. Die VRA hat diesen Kampf von vornherein nach Kräften unterstützt. Wir haben uns von dieser Unterstützung nicht dadurch abhalten lassen, daß noch reichlich viel Unklarheit in den Köpfen der jugendlichen Kämpfer herrschte; auch nicht dadurch, daß man uns "Dogmatiker"schimpfte, weil wir stets der Meinung waren und weiter sind, daß die Verleumdung des Marxismus-Leninismus durch die modernen Revisionisten nicht den wissenschaftlichen Sozialismus diskreditiert hat,sondern eben seine Verleumder, daß gerade der Marxismus-Leninismus der Schlüssel zum Verständnis aller komplizierten Erscheinungen unserer Zeit ist, darunter auch des Revisionismus selbst.

In letzter Zeit hat sich die fortschrittliche Studenten- und Schülerbewegung,nach mancherlei Irrungen und Wirrungen (wie könnte es auch anders sein!) immer entschlossener dem Marxismus-Leninismus genähert.Wir erblicken darin am allerwenigsten unser eigenes Verdienst, vielmehr einen Beweis für die Richtigkeit des Marxismus, der, wie Lenin lehrt, siegen muß, weil er wahr ist. Wir begrüßen aus ganzem Herzen die positive Entwicklung der MLS und des RSB.Sie sollen einerseits dessen gewiß sein, daß wir nach wie vor Vertrauen in ihre eigene Urteilskraft haben, die sie letzten Endes dazu veranlassen muß, ihre vornehmste Aufgabe darin zu erkennen, daß sie sich, wie Mao Tsetung lehrt, mit den breiten Massen des werktätigen Volkes aufs engste verbinden müssen, was unter unseren Verhältnissen bedeutet,sich mit den revolutionären Arbeitern zusammenzuschließen, ihnen im gemeinsamen Kampf zu helfen. Sie sollen andererseits Zuversicht aus der eminent wichtigen Tatsache schöpfen, daß heute, im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit,nicht Nazi, Couleurstudenten und CV, sondern eben revolutionär gesinnte Studenten an den Hochschulen Österreichs den Ton angeben.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß die Jugend nur dann wirklich die revolutionäre Vorhut in Österreich sein kann, wenn ihre Bewegung mehrheitlich von Jungarbeitern und Lehrlingen getragen und von ihnen geführt wird. Heute schon bilden junge Arbeiter und Angestellte den Großteil der Aktivisten der VRA.Ein Vielfaches ihrer Zahl ist uns in den letzten Jahren nahegekommen oder gar durch unsere Organisation gegangen. Wir kennen die Gründe für diese Fluktuation; sie darzulegen, ist hier nicht der Ort. Wir müssen aber in dieser Tatsache vor allem erkennen, daß der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs und unser Bemühen,diese allgemeingültigen wissenschaftlichen Einsichten auf die Verhältnisse unseres Landes anzuwenden, eine große Anziehungskraft auf die werktätige Jugend ausüben. Und das gerade ist es, was uns zu der Schlußfolgerung berechtigt, ja verpflichtet, daß die Perspektive einer Jugend als revolutionärer Vorhut des österreichischen Proletariats durchaus real ist.

(Fortsetzung folgt) ●

Stellungnahme des Klubs slowenischer Studenten in Wien zu den Äußerungen des österreichischen Außenministers:

Die Rechte des slowenischen Volkes in Kärnten

Nachstehend geben wir auszugsweise eine Erklärung des Klubs slowenischer Studenten wieder. Wir fühlen uns solidarisch mit dem Kampf der Kärntner Slowenen gegen die von der österreichischen Bourgeoisie einschließlich der SP-Führung betriebene Politik der Zwangsassimilierung und für ihre gerechten nationalen Forderungen. Die Redaktion

Am 29. November 1972 erschien in der Wiener Tageszeitung "Kurier" ein Interview mit dem österreichischen Außenminister Kirchschläger; darin wird der Standpunkt der Regierung in bezug auf die jüngsten Ereignisse in Kärnten und überhaupt in bezug auf die demokratischen Rechte des slowenischen Volkes in Kärnten umrissen. Kirchschlägers Äußerungen sind kennzeichnend für die österreichische Nationalitätenpolitik und dokumentieren ihren antislowenischen und antidemokratischen Charakter; (....).

Kirchschläger verfälscht die realen Zustände in allen Fällen, in denen von "erfüllten Rechten" des slowenischen Volkes in Kärnten die Rede ist. Das gilt vor allem für das zweisprachige Schulwesen, von dem er behauptet: "Diese Minderheit hat ja immerhin die Möglichkeit, in einer sehr großzügigen Weise ein zweisprachiges Schulsystem bis zum Gymnasium auszunützen." Es ist bekannt, daß nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahre 1955 gerade das zweisprachige Schulwesen zum Hauptangriffsziel der österreichischen unterdrückerischen Nationalitätenpolitik wurde.

Das zweisprachige Schulwesen wurde von der provisorischen Landesregierung zur Zeit der englischen Besatzung am 3.Oktober 1945 unter dem Druck der Volksbewegung in Südkärnten eingeführt. Die Abschaffung des Schulwesens wurde planmäßig vorbereitet und bald nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages realisiert. Diese Abschaffung war verbunden mit nationalistischer Hetze in Südkärnten, an der sich alle Gruppierungen des österreichischen Bürgertums in einheitlicher Front beteiligten; von den chauvinistischen Organisationen, vereint im KHD (="Kärntner Heimatdienst", d.Red.), bis zu den Unternehmern und Großgrundbesitzern, die mit direkter ökonomischer Erpressung Arbeiter und Bauern zwangen, ihre Kinder vom Slowenischunterricht abzumelden. (...) Der sozialdemokratische Landeshauptmann und Vorsitzende des Landesschulrats Ferdinand Wedenig schaffte schließlich am 22.September 1958 mit einem besonderen Erlaß das zweisprachige Schulwesen faktisch ab, wobei er sich u.a. auf den "Schulstreik" berief. Dieser war vom profaschistischen KHD organisiert worden, allerdings wurde der Streik nur in ungefähr 15 Schulen von 110 zweisprachigen Schulen durchgeführt. Mit diesem Erlaß gab der sozialdemokratische Landeshauptmann den chauvinistischen Organisationen die Möglichkeit in die Hand, bis zum heutigen Tag gerade in Verbindung mit den Anmeldungen der slowenischen Kinder zum zweisprachigen Unterricht nationalistische Hetze zu entwickeln.

Dieser erste Nachkriegsangriff auf ein Grundrecht des slowenischen Volkes bewies, daß das gesamte österreichische Bürgertum von seinen profaschistischen Teilen, wie der KHD, über die reaktionären Parteien

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

Werte Genossen!

Anläßlich des neuen Jahres übersenden wir Euch die wärmsten Grüße der marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiter Österreichs.

Im abgelaufenen Jahr hat das große chinesische Volk, geführt von der glorreichen Kommunistischen Partei Chinas, neue grandiose Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau errungen. Sogar die Massenmedien des kapitalistischen Österreich - Radio und Fernsehen sowie eine Reihe von Zeitungen der herrschenden Klasse - sahen sich gezwungen, über die unleugbaren und eindrucksvollen Errungenschaften des sozialistischen China auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft, der Lebenshaltung der breiten Volksmassen und des kulturellen Lebens, der Wissenschaft und Technik ziemlich ausführlich und mehr oder minder objektiv zu berichten. Sie taten das nicht gern, denn diese Errungenschaften sind lebendige Zeugnisse der gewaltigen Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Sie taten dies vielmehr deshalb, weil zahlreiche Menschen in Österreich, ungeachtet ihrer Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit, wenn nicht wissen, so doch fühlen, daß nicht die von den beiden Supermächten beherrschte "europäische Sicherheitskonferenz", sondern freundschaftliche Beziehungen mit Volks-China die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes fördern.

Für die Marxisten-Leninisten und alle klassenbewußten Arbeiter Österreichs haben darüber hinaus die Erfolge des mächtigen Bollwerks der revolutionären Weltbewegung im Fernen Osten noch eine andere, besondere Bedeutung: Sie sehen, daß im China der Großen Proletarischen Kulturrevolution wirklich die arbeitenden Menschen die Macht in ihren Händen halten, daß sie sich immer mehr mit dem Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus, den Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung wappnen und so immer besser imstande sind, rechte und scheinlinke Abweichungen vom Weg zum Kommunismus zu durchschauen und zu überwinden.

Wir wünschen Euch, werte Genossen, und durch Euch allen chinesischen **Kommunisten**, allen Arbeitern, Bauern, Soldaten und revolutionären Intellektuellen der **Volksrepublik** China weitere, noch größere Erfolge im neuen Jahr!

Mit proletarischen Grüßen Alfred Jocha ●

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Werte Genossen!

Wir übersenden Euch anläßlich des neuen Jahres die herzlichsten Grüße und Glückwünsche der Vereinigung der Revolutionären Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten).

Die Volksrepublik Albanien ist der Leuchtturm des Sozialismus in Europa, und die heldenhafte Partei der Arbeit Albaniens ist die einzige kommunistische Partei auf unserem Kontinent, die das Banner des Marxismus-Leninismus stets hochgehalten hat und unter diesem Banner auch weiterhin unermüdlich und konsequent gegen den modernen Revisionismus kämpft.

Geführt von der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Enver Hoxha, an der Spitze hat sich das albanische Volk von den chruschtschowistischen Renegaten im Kreml weder durch Gewalttaten in die Knie zwingen noch durch Verlockungen irreführen lassen. Es ist vielmehr, wie Genosse Hoxha feststellte, "stürmisch vormarschiert, baut erfolgreich den Sozialismus auf und erntet immer neue Siege auf allen Lebensgebieten, in Industrie und Landwirtschaft, im Erziehungswesen und kulturellen Bereich, bei der Stärkung der Landesverteidigung".

Die Volksrepublik Albanien vertritt als einziges Land Europas die Interessen **aller** europäischen Völker, indem sie die von den russischen Sozialimperialisten eifrig propagierte und von der anderen Supermacht bereitwillig unterstützte sogenannte "europäische Sicherheitskonferenz" boykottiert. Mit Recht sagte Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, auf der Massenkundgebung in Vlora aus Anlaß des 60. Jahrestages der Unabhängigkeit Albaniens am 27. November dieses Jahres: "Nur dann, wenn die Völker Europas diese Sache in ihre eigenen Hände nehmen und sich entschlossen zum Kampf erheben werden, um sich von der Hegemonie der beiden imperialistischen Supermächte freizumachen, wird es eine wirkliche Sicherheit und einen stabilen Frieden auf unserem Kontinent geben."

Es lebe die sozialistische Volksrepublik Albanien!

Es lebe die marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Rotfront! Alfred Jocha e. h. ●



ÖVP und FPÖ bis hin zur SPÖ, die wie in allen Fragen auch in der nationalen Frage die Interessen der Herrschenden vertritt, dasselbe Ziel verfolgen: das slowenische Volk in Kärnten politisch zu vernichten. Der erste und wichtigste Schritt zu diesem Ziel war die Vernichtung der zweisprachigen Pflichtschule, weil diese die kulturelle Voraussetzung für den weiteren Bestand des vom Zentralraum getrennten slowenischen Volkes war. Wenn also der SPÖ-Außenminister heute von einem "zweisprachigen Schulsystem" spricht, dann fassen wir das als eine provokante Verhöhnung des slowenischen Volkes in Kärnten auf.

Nicht genug, daß er das Interview in diesem Tone fortsetzt ("Sie hat die Amtssprache bei Gerichten und Verwaltungsbehörden."... "...ihre kulturelle Entwicklung weitgehend gesichert."), steigert Kirchschläger den diskriminierenden Inhalt seiner Äußerungen, als er von Wünschen der Minderheit spricht. Wortwörtlich wird gesagt: "Es ist ja nicht so, daß die Minderheit seit zwei Jahrzehnten oder noch länger keine Wünsche erfüllt bekommen hat. Sehr viele Wünsche wurden erfüllt". Kirchschläger als Vertreter der Regierung will offensichtlich überhaupt nicht von demokratischen Rechten des slowenischen Volkes sprechen. Wir stellen fest, daß Österreich zu ihrer Erfüllung verpflichtet ist, daß dies keine Wünsche, sondern Rechte sind, die vom slowenischen Volk im Partisanenkampf errungen wurden. Gerade auf diesen Partisanenkampf berief sich unter anderem die österreichische Diplomatie, als sie, um einen Staatsvertrag zu erhalten, den antifaschistischen Kampf in Österreich heranzog - wobei sie zur selben Zeit in Südkärnten gerade die slowenischen Antifaschisten verfolgte und einsperrte.

Es ist nur konsequent, wenn sich Kirchschläger nach solchen Äußerungen schützend vor die chauvinistischen Hetzer in Kärnten und ihre Führer im KHD und in den bürgerlichen Parteien stellt. Wortwörtlich meint er, "daß es sich bei den Vorgängen weder um Chauvinismus noch um irgendwelche nazistische oder sonstige minderheitenfeindliche Umtriebe handelt, sondern daß eben auch hier Emotionen vorhanden waren, die zur Mißachtung eines Gesetzes geführt haben." Wir stellen fest, daß hinter einer derartigen vernebelnden Stellungnahme eine bestimmte politische Richtung steckt, die sich in der nationalen Frage in Kärnten das selbe Hauptziel gesteckt hat wie das aggressive Kärntner deutschnationalistische Bürgertum und der Großgrundbesitz: das slowenische Volk politisch zu vernichten. Daher will sich Kirchschläger als Vertreter der SPÖ und der Regierung vom KHD nicht klar distanzieren, geschweige denn ihn verurteilen. (...)

Der Klub slowenischer Studenten in Wien stellt fest: Kirchschläger verbreitet Lügen über angebliche "erfüllte Wünsche" der Slowenen in Kärnten, während es der tatsächlichen österreichischen Politik um die Abschaffung und Vernichtung der demokratischen Rechte des slowenischen Volkes geht. Kirchschläger spricht von "Wünschen" der Minderheit statt von international garantierten Rechten, die der österreichische Staat zu erfüllen verpflichtet ist. Kirchschläger setzt sich unverhohlen für die chauvinistischen Hetzer ein, schützt sie und verniedlicht ihre terroristische Tätigkeit. Er leugnet die Existenz eines geschlossenen slowenischen Territoriums und spricht von einer "unvermeidlichen Assimilierung" anstatt von nationalistischem Druck, der das Ziel hat, das slowenische Volk in Kärnten politisch zu vernichten.

Kirchschlägers Standpunkte und die Durchsetzung dieser Standpunkte in der Tagespolitik werden die Sozialdemokratie ganz gewiß immer gründlicher in den Augen jener Slowenen entlarven, die in der SPÖ den einzig möglichen Verbündeten im Bestreben gegen die nationale Unterdrückung sehen, und werden sie ins rechte Licht rücken, in dem die Sozialdemokratie aufscheint als Helfer des herrschenden Bürgertums, das die territoriale Einheit Slowenisch-Kärntens vernichten will. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–

Lieber Leser!

Wenn in irgendeiner Zeitschrift eine Rubrik mit der Anrede „Lieber Leser!" beginnt und wenn anschließend von den gestiegenen Druck- und Papierkosten die Rede ist, dann weiß der gewitzte liebe Leser gleich: Oje, die Zeitschrift wird teurer.

Nun, auch diese Rubrik beginnt mit der ominösen Anrede, und auch wir leiden unter den gestiegenen Herstellungskosten unserer Zeitschrift. Aber unsere Zeitschrift — stellen wir das einmal ganz bescheiden fest — ist eben nicht irgendeine Zeitschrift. Deshalb wollen wir nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten avantgardistisch sein. Das heißt, daß unsere Zeitschrift nicht teurer wird, trotz allem.

„Na ja", kann jetzt ein Kritiker sagen, „ihr druckt euch ja die Zeitschrift selber, da sind die Gestehungskosten natürlich niedriger als anderswo." Womit er zum Teil recht hat, der Kritiker. Denn unsere Mitarbeiter (lauter Berufstätige, die wochentags ihrer Arbeit nachgehen) machen die Zeitschrift in ihrer Freizeit. Nur das Offsetpapier, die Farben und das ganze sündteure drucktechnische Zubehör können wir nicht selber machen. Und die x-tausend Briefmarken, mit denen wir die Versandexemplare frankieren, können und dürfen wir uns leider auch nicht selber drucken.

Obwohl wir also vieles selbst erledigen, so kommen wir dank der gewinnträchtigen Papierindustrie und dem mit Post- und anderen Tarifen jonglierenden Finanzminister (der uns zudem nun noch einen zwecklosen Mehrwertsteuer-Buchhaltungs-Papierkrieg aufdrängt) mitunter in finanzielle Schwierigkeiten. Wobei es uns trotzdem gelungen ist, unsere Zeitschrift 1972 drucktechnisch und graphisch soweit zu verbessern, daß sie jetzt „a bisserl was gleichschaut". Das Lob, das uns viele Leser deshalb gespendet haben, wird uns zu weiteren Verbesserungen anspornen.

Doch zurück zum leidigen Mammon. Unsere Zeitschrift lebt finanziell von den Abonnenten und auf Kosten spendierfreudiger Freunde und Genossen. Da es sich hierbei hauptsächlich um Arbeiter handelt, so ist jedoch auch der weitherzigsten Spendierfreudigkeit eine natürliche Grenze gesetzt. Wir bitten also alle, die mit uns sympathisieren: Spendet für unseren Kampffonds! Damit wir unsere — beziehungsweise Ihre — Zeitschrift noch möglichst lange zum alten Preis hergeben können. ●

Waffen in Kinderhand?

Eines der Sprachrohre der österreichischen Geldsäcke, der ORF, will zu den schon vorhandenen Pazifisten noch neue züchten: Krieg und Waffengebrauch seien verbrecherisch und daher abzulehnen.

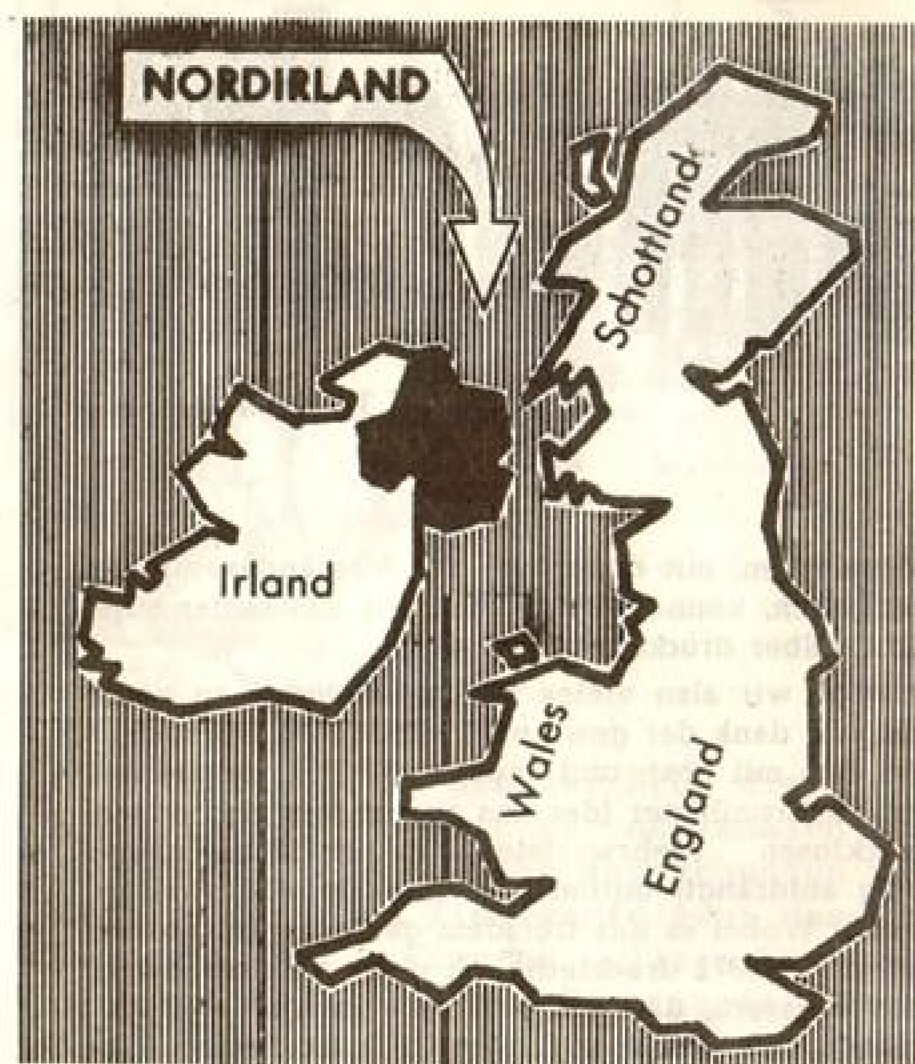
Freilich, wenn ein Land Waffen zu Angriffszwecken, zu Überfällen auf vielleicht kleinere, nicht so gut gerüstete Länder verwendet, dann verurteilen das alle fortschrittlich denkenden Österreicher. Wie aber, wenn das überfallene Volk seine nationale Unabhängigkeit verteidigt? Kann es einem waffenstrotzenden imperialistischen Angreifer anders begegnen, als wieder mit Waffen? Nein! Oder soll es sich unterwerfen und damit in völlige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit geraten? Soll es ein Opfer des Neokolonialismus werden?

Oder — ein anderer Fall: Soll ein Land, das noch heute in althergebrachter kolonialer Abhängigkeit ist, stillehalten? Sind Waffen nur den kolonialistischen Unterdrückern gestattet?

Da gab es doch vor kurzem einen ORF-Bericht über Nordirland: Man sah irische Buben und Mädchen in Tarnanzügen. Sie trugen Waffen, doch es waren Spielzeuggewehre. Der Sprecher kommentierte das: Sie spielen Krieg.

Sehen wir uns die politische Situation Nordirlands an. Die Massen der Bevölkerung kämpfen dort für demokratische Rechte und die Erringung der nationalen Unabhängigkeit. Der Widerstand gegen die Engländer verstärkt sich seit 1972 laufend, da die umfangreichen dort stationierten

Kolonialkrieg auf europäischem Boden:



britischen Armeeeinheiten durch willkürliche Verhaftungen und die Einführung von Konzentrationslagern krampfhaft versuchen die Befreiungskämpfe niederzuhalten. Damit aber vergrößert sich der Haß gegen die britische Regierung, ausgedrückt im Haß gegen deren Soldaten. Je mehr Druck auf die Nordiren ausgeübt wird, desto entschiedener wird der Gegendruck.

Und die irischen Kinder? Die sehen und hören ja, was in ihrer Umgebung geschieht, werden in Straßenkämpfe verwickelt und spüren den Haß ihrer Landsleute gegen die Unterdrücker. Daher solche "Spiele".

Und nun der ORF: **"Die britische Armee ist besorgt wegen der Zunahme der Spielzeugwaffen."** Das kann man sich vorstellen, denn wenn der Wille zum Widerstand **schon** in den irischen Kinderköpfen **steckt, ist** die Sorge der elisabethanischen Soldateska nur zu berechtigt.

Womit will man nun im ORF die Österreicher gegen eine solche Entwicklung stimmen? Womit will man sie um jeden Preis von einer **Solidarisierung abbringen?** – Man schließt an den kurzen und eindrucksvollen Filmreport folgende **Nachricht:** Ein Arbeiter war, in Ulster von einem britischen Soldaten erschossen (!) worden, weil er ein Stahlrohr trug, das für ein Gewehr gehalten worden war. Diese Nachricht soll beweisen, daß die britische Armee nichts anderes als Schützer der Iren, diesmal der jüngsten, sei.

Nun – so der Sprecher – sei diese Armee besorgt, daß auf ähnliche Weise auch Kinder zu Schaden kommen könnten. Das Ganze soll eine Rechtfertigung für die vielen vom Kolonialterror ausgeführten und zweifellos noch kommenden "versehentlichen Niederschießungen" von nordirischen Kindern sein. Das ist eine offene Drohung von seiten der Kolonialmacht.

Die österreichische Zuschauerschaft und besonders die weibliche, soll den "großen Beschützer England" anerkennen, ja für unbedingt nötig halten, hier verkörpert durch die britischen Soldaten.

Geschützt müssen diese Kinder werden, der Meinung sind wir auch. Aber von wem? Von ausländischen Soldaten, die sie, wie wir gesehen haben, gar nicht schützen wollen, sondern diese "Sorge" nur als Taktik zur Einschüchterung nordirischer Mütter und Väter vorgeben. Es sind Soldaten, die in Wirklichkeit durch Waffengewalt die jahrhundertelange koloniale Unterdrückung verewigen sollen.

Die Geschichte hat oft und oft bewiesen, daß alle politische Macht aus den Gewehrläufen kommt. In Nordirland kommt sie aus den Gewehrläufen der Briten. Noch hat der Unterdrücker die Macht!

Und daß ein Unterdrücker sich nur der Waffengewalt beugt, auch das hat die Geschichte gezeigt. Je härter und schärfer die Unterdrückung wird, umso härter und schärfer setzt sich das unterdrückte Volk zur Wehr. Ist es möglich, daß die Kinder eines Volkes davon nichts bemerken?

Es wird ja oft versucht, die Kinder unter eine Glasglocke des Nichtwissens, der "heilen Welt", zu stellen. Trotz aller Verhinderungsversuche sehen aber die Kinder, was in ihrer Umgebung geschieht und richten sich ihr Leben danach ein.

So bereiten sich die nordirischen Mädchen und Buben – ohne es genau zu wissen – recht gut auf die Zukunft vor: Auf den Kampf um demokratische Rechte und die nationale Befreiung. ●



»...handelt die britische Armee selbst in den Wirren dieses Krieges nach dem edlen Grundsatz: Frauen und Kinder zuerst!«

In guter Gesellschaft



Gut Ding braucht Weile, sagt ein altes Sprichwort. Demnach müßte der Arbeiterkammer mit ihrem wirtschafts- und sozialstatistischen Handbuch 1971 ein besonders gutes Ding geglückt sein, denn dieses Handbuch mit Statistiken aus dem Jahre 1970 erschien Ende 1972, so daß wir jetzt, anfangs 1973, erfahren, was vor drei Jahren passiert ist. Na, das kann ja spannend werden, wird der gequälte Leser sich nun sagen. Aber es wird wirklich spannend, und zwar, wenn wir die Streikstatistik aufschlagen. Wobei wir unser bescheidenes Österreich gar nicht erst mit so bedeutenden Industriestaaten wie Großbritannien oder Kanada vergleichen wollen, wo die Arbeiter mit mächtigen Streikaktionen dafür sorgten, daß das Gerede vom höheren Reallohn nicht nur leeres Gerede blieb. Vergleichen wir in Benyas Namen also Österreich mit dem industriell eher rückständigen Spanien.

Wieviele Werktätige streikten demnach 1970 in Spanien? Es waren 440 000. Und in Österreich? 7500. Pro unselbständig Erwerbstätigen ergibt das in Spanien 65 Streikminuten, in Österreich dagegen 5 (in Worten: fünf). Dabei besteht zusätzlich noch das Kuriosum, daß im schönen Donau- und Alpenland angeblich jedermann das Streikrecht hat, während auf der iberischen Halbinsel Streiks so gut wie verboten sind und jedem Streikenden ein Verfahren vor dem faschistischen Militärgericht droht.

Was also nicht einmal dem Caudillo Franco mit Hilfe seiner Soldateska gelingt, das schafft der Kanzler Kreisky mittels der Gewerkschaftsbonzen: das Abwürgen von Streiks. Woraus sich ergibt, daß die faschistischen Machthaber von den sozialdemokratischen Machthabern noch eine ganze Menge lernen können. Nicht das Militärgericht ist nämlich das einzig Wahre, sondern eine Paritätische Kommission, die zwar keine Preis-, dafür jedoch umso wirksamer Lohnerhöhungen verhindern kann. Nicht ein kaltschnäuziger Herrenmensch ist der wahre Meister, sondern ein treuherziger Gewerkschaftsboß, der den Arbeitern feuchten Auges mitteilt, daß wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten leider eine Durststrecke vor ihnen läge. Und nicht der Polizeibüttel ist der erfolgreichste Gehilfe des Unternehmers, sondern der korrupte Betriebsrat, der die Arbeiter besänftigt anstatt ihre Interessen zu vertreten.

Aus dem Handbuch der Arbeiterkammer ist übrigens auch zu entnehmen, daß in Portugal, Spanien und der Türkei die Preise besonders kraß steigen, also ausgerechnet in Staaten, die man ohnedies als die Armenhäuser des Westens bezeichnet. Im – von Unternehmerseite aus gesehen – bedauernswerten streikgeschüttelten Kanada dagegen, wo auf jeden Werktätigen 460 Streikminuten entfallen, ist die Preissteigerungsrate sogar gesunken!

Wenn wir nun bedenken, daß bei uns in Österreich aus der „normalen" eine galoppierende Inflation geworden ist, daß Streiks dank des ÖGB mehr als verboten sind und daß die Durststrecke für Arbeiter trotz Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen andauern soll, dann sind wir auch bald reif fürs Armenhaus. Dann befinden wir uns in guter Gesellschaft. ●